

“Wahlprüfsteine” als Instrument politischer Einflussnahme für die Archäologie – ein Meinungsbeitrag

Frank Siegmund, Diane Scherzler & Werner Schön

Zusammenfassung – Der Beitrag stellt ein politisches Ritual namens „Erstellung von Wahlprüfsteinen“ vor, mit dessen Hilfe NGOs und Interessenvertreter im Vorfeld einer Wahl die Positionen und Pläne der zur Wahl stehenden politischen Parteien ausloten. Die Parteiantworten auf ein Fragen-Set der NGO werden gesammelt und vor der Wahl den Wählern bekannt gemacht, damit sie in ihre Wahlentscheidung einfließen können. Die mit dem Verfahren gewonnenen Selbstfestlegung(en) der künftigen Regierungspartei(en) können später verwendet werden, um das Einhalten von Wahlversprechen anzumahnen. Neben dem erhofften direkten Nutzen des Verfahrens werden indirekte Effekte erzielt, auch solche, die in die Archäologie und ihre Selbstorganisation zurückwirken.

Schlüsselwörter – Archäologie; Kulturerbe; Politik; Wahlprüfsteine; Öffentlichkeit; NRO; Lobbyarbeit; Selbstorganisation

Title – “Election benchmarks” as an instrument to exert political influence for the benefit of archaeology — an opinion piece

Summary – This article introduces a political ritual known as the “compilation of election benchmarks”, which are used by NGOs and stakeholders in the run-up to an election to sound out the positions and plans of the political parties standing for election. The parties’ responses to a set of questions from the NGO are collated and communicated to the voters before the election so that they can be included in their decision-making on whom to vote for. The self-commitment(s) of the future governing party/parties thus obtained can later be used to urge the government to stick to its election promises. Apart from the desired direct benefit of the process, indirect effects are also achieved, including those that have an impact on archaeology and its self-organization.

Key words – archaeology; cultural heritage; political influence; election benchmarks; public outreach; NGO; lobbying; self-organization

Einführung: Was sind „Wahlprüfsteine“

Seit 2009 hat sich die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V. (DGUF) zum inzwischen achten Mal im Vorfeld einer politischen Wahl in Deutschland mit „Wahlprüfsteinen“ an die wahlrelevanten Parteien gewandt.¹ Sie war und ist die einzige archäologische Gesellschaft, die diesen Ansatz – ggf. mit Partnerorganisationen – in Deutschland verfolgt. Die European Association of Archaeologists (EAA) hat dieses Verfahren ihrerseits für die Europawahl im Mai 2019 adaptiert und verfolgt es auch 2024, wofür die DGUF wiederum als deutsche Partnerin dient.² Was sind Wahlprüfsteine, worum geht es dabei? Wahlprüfsteine sind parteipolitisch neutrale und ergebnisoffene Sachfragen, mit denen sich NGOs und Interessenvertreter im Vorfeld einer politischen Wahl an die zur Wahl stehenden Parteien wenden. Die Parteien werden zu spezifischen Themen um Auskunft gebeten, was sie im Falle einer Mandatierung durch die Wähler in der kommenden Legislaturperiode planen, welche Prioritäten sie setzen und welche Entscheidungen sie anstreben. So hat die DGUF bei bisherigen Wahlprüfsteinen beispielsweise nach der Haltung zum Schatzregal gefragt oder zur Umsetzung des Verursacherprinzips. Üblicherweise sind dies ca. drei bis fünf

Fragen. Die Antworten der Parteien werden von der fragenden Organisation gesammelt und noch vor der Wahl an die Öffentlichkeit, d. h. den Wähler übermittelt. Gegebenenfalls erfolgt, von den Parteiantworten klar abgesetzt, eine Einordnung und Kommentierung der Parteiantworten aus Sicht der fragenden Organisation. Dank dieses Verfahrens können Wähler, denen spezielle Themen wie z. B. Archäologie und Denkmalschutz wichtig sind, die Parteiantworten am Wahltag in ihre Wahlentscheidung einfließen lassen. Auf regionaler oder lokaler Ebene können z. B. Heimatvereine die Parteiantworten nutzen, um bereits während des (Vor-)Wahlkampfes Kandidaten und Aktivisten vor Ort auf die Antworten ihrer Partei anzusprechen und deren Positionen zu loben oder zu kritisieren.

Wie funktionieren Wahlprüfsteine?

Wahlprüfsteine sind in der Archäologie international kaum bekannt, anderweitig – zumindest im deutschsprachigen Raum – jedoch gut etabliert. Bei Landtagswahlen, an denen sich die DGUF mit Wahlprüfsteinen beteiligte, hatten wichtige Parteien die Fragenkataloge von mehr als einhundert verschiedenen Organisationen be-

antwortet, von Tier- und Umweltschützern, von Gewerkschaften und Unternehmervertretern, von Mietervereinen und Hausbesitzervereinen, von Jägern oder Waldbesitzern.³

Das politische Ritual reagiert auf die Tatsache, dass politische Parteien sich in der Regel in sog. Wahlkampfprogrammen selbst festlegen, mit welchen Themen und Inhalten sie die Wähler für sich überzeugen und die kommende Parlamentsperiode gestalten wollen. Naheliegenderweise drehen sich diese Wahlprogramme um weithin bekannte, „große“ Themen, die möglichst viele Wähler ansprechen und mit denen die Parteien in den Medien und beim Wähler eine hohe Resonanz zu erzielen hoffen. Bevorzugt sind es Themen, bei denen sich auch die Differenz zu den politischen Konkurrenten besonders treffend herausarbeiten lässt. Die Frage nach der Unterzeichnung oder Umsetzung der Faro-Konvention, einer Gesetzgebung gegen unwillkommenen Handel mit Antiken oder die Ausfinanzierung eines dringend notwendigen, zentralen Funddepots für die Landesarchäologie, beispielsweise, gehören normalerweise nicht dazu. Das heißt aber nicht, dass die Parteien zu solchen Fragen keine Positionen oder Pläne hätten. Wahlprüfsteine ermöglichen es den Interessenvertretern, die Parteipositionen zu kleineren, weniger öffentlichkeitswirksamen Themen verbindlich zu erfahren und deren Haltung und Pläne dazu für die Wähler öffentlich zu machen.

Es ist offensichtlich, dass Wahlprüfsteine in der beschriebenen Menge, d.h. von den zahlreichen Interessenvertretern kommend, bei den Parteien nicht immer willkommen sind, denn in ihrer Summe verursachen sie eine erhebliche Arbeitslast für die jeweiligen Spezialisten in den Parteien, und zwar zu einer Zeit, in der die Parteien im Wahlkampf insgesamt stark eingespannt sind. Man darf nicht vergessen, dass die Wahlprüfsteine als Teil des Wahlkampfs an die Parteien gerichtet sind, nicht etwa an die Parlamentsfraktionen oder an die Regierungen. Zumindest in Deutschland bedeutet dies, dass der Staatsapparat und auch der (staatlich finanzierte) parlamentarische Apparat der Fraktionen für diese Antworten nicht herangezogen werden darf. Die Parteien müssen vielmehr die nötige Expertise in ihren eigenen Reihen vorhalten und finden. Bei hochkomplexen Sachverhalten und sehr fokussierten Fragen kann das, insbesondere für kleinere Parteien, ein Problem sein. Angesichts knapper Ressourcen dürfte daher im Zweifel auch das Gewicht einer fragenden Organisation eine Rolle spielen bei der Entscheidung, ob die Wahlprüfsteine überhaupt beantwortet werden und wie sorgsam dies geschieht. Nach den

Erfahrungen der DGUF, beispielsweise, waren kleine Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums weniger daran interessiert, vermutlich, weil sie (noch?) keine Expertise für diese Themen aufgebaut hatten und sich von ihren Antworten auf die Wahlprüfsteine der DGUF auch keine zusätzlichen Wählerstimmen versprochen.

Generell haben die Parteien ein höheres Eigeninteresse an dem Verfahren und mehr Antwortbereitschaft, wenn die Fragen gut gestellt und begründet sind und sich somit auch öffentlichkeitswirksam beantworten lassen. Sprich: Ein Wahlprüfstein muss so beschaffen sein, dass die Antwort die am Thema interessierte breite Öffentlichkeit anspricht; dass eine Partei Antworten erarbeitet, die ausschließlich von Interesse für die sehr kleine Fachcommunity sind, ist unrealistisch. Wenn vorab erkennbar ist, dass die Antworten auch termingerecht und professionell an die Wähler kommuniziert werden, ist dies ein weiterer Motivator für die Parteien. Eine Website, auf der die fragende Organisation ev. noch vertiefende Informationen anbietet und die Problemlage, die hinter einer Frage steckt, der Öffentlichkeit näher und gut nachvollziehbar erläutert, ist ein nützliches Werkzeug, beispielsweise auch Journalisten für die Themen zu interessieren. Fragende, die sichtlich eine breite Distribution planen und über die dafür nötigen Ressourcen und das Know-How verfügen, sind den Parteien mehr willkommen als stille und vor allem selbstreferenzielle Nischengruppen.

Bei der Auswahl und Formulierung von Wahlprüfsteinen sollte stets auch – oder besser: vor allem – die Perspektive der Parteien und der Wähler bedacht werden, inklusive der Frage, wie gut sich ein Thema vermitteln lässt. Wahlprüfsteine, welche die breite Öffentlichkeit vor allem als Klientelpolitik zum Eigennutz der Fragenden auffassen würden, sind nicht gut geeignet; solche, bei denen Wähler wie Parteien unmittelbar den Gemeinnutz und die Berührung ihrer eigenen Interessen erkennen, sind gut geeignet. Leider muss auch der Aspekt der Vermittelbarkeit bedacht werden: Bisweilen sind Sachverhalte so kompliziert, dass sie ein tiefes Fachwissen erfordern. Gewiss, auch so etwas kann man aufbereiten und breit verständlich machen – aber dafür braucht es in der Regel besonders viel Zeit und Aufwand, zudem muss dieses Erklär-Material dann auch gut verbreitet werden. Nach allen Erfahrungen der DGUF sind auch allzu umfangreiche Fragelisten kontraproduktiv, da schon rein technisch schwer vermittelbar sind und bei Parteien wie Wählern eher Unmut hervorrufen. Man

bedenke, dass man als anfragende Einrichtung am Ende pro gestellter Frage je nach Zahl der Parteien nicht selten sechs oder mehr Parteiantworten kommunizieren muss und möchte, dass Wähler diese vergleichend lesen. Daher: wenige Wahlprüfsteine, die leicht nachvollziehbar sind, zusätzlich mit gutem Begleitmaterial auf der eigenen Website unterfüttert sind und sich am Gemeinnutz orientieren, sind ein erfolversprechender Ansatz.

Ein zentrales Element des Rituals von Wahlprüfsteinen ist, dass sich das Verfahren eng in die Abläufe und die Zeitraster einer politischen Wahl einfügen muss. Man darf Wahlprüfsteine nicht zu früh an die Parteien herantragen, weil sie dann noch nicht im Wahlkampfmodus und daher weitgehend desinteressiert sind, resp. weil sie eventuell als Regierende noch die laufende Legislaturperiode für letzte erfolgreiche Taten nutzen wollen. Sodann muss den Parteien eine hinreichende Zeit zur Beantwortung der Fragen eingeräumt werden, und man sollte eine kurze Mahnphase für Säumige einplanen. Die Parteien wiederum dürfen erwarten, dass ihre gesammelten Antworten den Wählern spätestens für die sog. „heiße Phase“ eines Wahlkampfes dann auch breit öffentlich gemacht werden. In Deutschland sind dies meist die letzten sechs, bei Landtags- und Kommunalwahlen auch die letzten vier Wochen vor dem Wahltermin – wobei stets Feiertage, typische Ferien- und Urlaubszeiten etc. mit zu bedenken sind, d. h. dass das gefühlte Interesse des Wählers und dessen Kalender im Vordergrund stehen. Daraus folgt, dass die fertigen Fragen den Parteien etwa vier bis fünf Monate vor einem Wahltermin zugehen sollten, samt einem klaren und beidseitig verbindlichen, an die Parteien kommunizierten Termin- und Kommunikationsplan. Ein Plan, der die fragenstellende Organisation für insgesamt etwa ein halbes Jahr in einen engen und präzise getakteten Arbeitskalender bindet. Wenn die Organisation ehrenamtlich tätig ist, wie dies bei archäologischen NGOs und Fachgesellschaften regelhaft der Fall ist, darf hier „Ehrenamt“ nicht bedeuten: „wir kümmern uns, falls es passt“. Sondern Wahlprüfsteine müssen im Ablauf so ernst genommen werden, wie eine hauptberufliche Verpflichtung. Parteien werden sich merken, wer auf ihre Mühe ernsthaft und wer unprofessionell reagierte.

Die direkte Wirkung von WPS – der erste Blick

Die direkte Wirkung des Systems Wahlprüfsteine ist offensichtlich: Man erreicht Positionierungen

der zur Wahl stehenden Parteien, die Wähler für ihre Wahlentscheidung nutzen können. Allzuviel Publicity sollte man sich von den Wahlprüfsteinen und den Parteiantworten jedoch nicht erwarten: Im Wahlkampf schwirren viele Themen umher, die um öffentliche Aufmerksamkeit konkurrieren. Dennoch bietet das Ritual auch der fragenstellenden Organisation eine Chance, mit ihren Anliegen aus dem meist kleinen Kreis der üblicherweise Interessierten hinauszutreten und eine Reflexion aus der politischen Sphäre zu erhalten.

Doch der direkte Nutzen des Rituals Wahlprüfsteine geht weit über den Tag der Wahl hinaus. Schließlich wird mindestens eine der Parteien anschließend auch die Regierung bilden. Man hat also als NGO oder Interessenvertreter eine Selbstfestlegung der künftigen Regierungspartei(en) erreicht, auf die man zu gegebener Zeit – spätestens in vier oder fünf Jahren beim nächsten Wahlkampf – zurückkommen und Abgeordnete wie Regierung an ihre Wahlversprechen erinnern kann. Nach allen Erfahrungen der DGUF lassen sich Parteien ungern dabei erwischen, ehedem Versprochenes ohne guten Grund nicht eingelöst zu haben.

Zu den direkten Wirkungen des Verfahrens gehört es auch, dass man Parteien und Abgeordnete auf das Politikfeld Archäologie und kulturelles Erbe aufmerksam macht, ihnen ggf. also ein neues oder zusätzliches Profilierungsfeld anbietet. Nicht zuletzt macht man sich selbst als fragenstellende Organisation bei Politikern bekannt, z. B. mit der Konsequenz, bei späteren Gesetzgebungsverfahren als unabhängige Expertin/Vertreter der Öffentlichkeit außerhalb der staatlichen Bürokratie um Meinung und Beratung gefragt zu werden. Wahlprüfsteine sind nicht nur für die Parteien ein Profilierungsfeld, sondern auch für die Fragenden. Dazu ist es wichtig, die Fragen parteipolitisch neutral und ergebnisoffen gestellt zu haben, d. h. sich auf seine Rolle als Experte zu Sachfragen beschränkt zu haben.

Die eher späte Wirkung von Wahlprüfsteinen weit über den Wahltermin hinaus ist natürlich auch eine Schwäche des Verfahrens. Denn auch die Funktionäre in NGOs und Interessenverbänden brauchen hin und wieder sichtbare Erfolge bei ihrem Engagement. Wenn Wahlprüfsteine als arbeitsintensives Investment nur langsam wirken und ihre Erfolge ggf. erst nach mehreren Jahren sichtbar werden, kann dies für Akteure in den NGOs problematisch sein, denn auch sie werden innerhalb ihrer Organisationen am Erfolg gemessen, gewählt oder eben nicht gewählt. Auch der Begriff „Nachhaltigkeit“ des Engagements sollte bedacht werden: Wer sich jetzt zur aktuellen

Wahl mit Wahlprüfsteinen im politischen Raum zu Wort meldet, sollte grundsätzlich bereit und in der Lage sein, am Ende einer Legislaturperiode eine Bilanz zu ziehen und ggf. seine Themen zur nächsten Wahl erneut einzubringen. Denn sonst besteht die Gefahr, als Eintagsfliege wahrgenommen zu werden und an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Unter Umständen läuft dies Regelungen einer NGO zuwider, die z. B. Wahlzyklen von zwei Jahren vorsieht. Dann ist darauf zu achten, dass eine Position geschaffen ist, welche dem Verantwortlichen für Wahlprüfsteine kontinuierliches Handeln ermöglicht. Diese verantwortlichen Personen sollten ihrerseits willens sein, am Thema entsprechend lange „dranzubleiben“. Gewähr sein muss man sich auch der Grenzen eigenen Handelns. So gelingt es z. B. auch bei der DGUF nicht, alle Landtagswahlen in den 16 Bundesländern zu begleiten – der Aufwand überschreitet bei weitem unsere Möglichkeiten, und wir haben auch nicht zu jedem Land entsprechend hohe Expertise sowie Unterstützer vor Ort zur Hand.

Die indirekten Wirkungen von WPS – der zweite Blick

Aus Sicht der Autoren ist die indirekte Wirkung von Wahlprüfsteinen nicht minder wichtig – eine Wirkung, die keinesfalls einseitig auf die Politik zielt, sondern auch in die Archäologie hinein zurückgespiegelt wird. Archäologie im Ist-Zustand ist kein wirkliches Politikfeld. Das Aushandeln von Problemlösungen, angemessenen Finanzen und Gesetzen geschieht in der Praxis vor allem zwischen den staatlichen Fachbehörden (als Teil der staatlichen Administration) einerseits und der jeweiligen Regierung resp. ihren Ministerien. Im Ist-Zustand spielen daher auf Seiten der Politik die Parteien und insbesondere die parlamentarische Opposition keine große Rolle, Archäologie ist faktisch vor allem Regierungssache. Was auch bedeutet, dass ein um Wähler ringender Politiker die Archäologie nur selten zu seinem Profilierungsbereich machen wird. Wahlprüfsteine sind geeignet, dies mit langem Atem zu ändern.

Vor allem aber steht die derzeitige Einbettung der Archäologie in die Administration dafür, dass es beim Vorbringen und Austarieren von Lösungen keine starke Interessenvertretung der Archäologie gibt, die unabhängig von der staatlichen Administration ist; es fehlt „der Bürger“, die NGOs, die Fachgesellschaften. Da in der Administration vor allem die staatliche Archäologie sensu Bodendenkmalpflege eingebunden ist, feh-

len in diesem System von Interessenvertretung inhaltlich auch die Forschung, die Welt der Museen und das quantitativ nicht kleine Feld der privatwirtschaftlichen Archäologie, in Summe also wesentliche Teile dessen, was Archäologie insgesamt ausmacht. Im Gegensatz dazu ermöglicht das System Wahlprüfsteine es auch allen archäologischen Tätigkeits- und Interessensfeldern, die nicht eng mit der staatlichen Bodendenkmalpflege verbunden sind, beispielsweise über eine NGO ihrerseits spezifische Fragen zu stellen, und das heißt eben auch: ihre spezifischen Interessen und Perspektiven einzubringen resp. zumindest auf sie aufmerksam zu machen. In die Praxis umgesetzt bedeutet das aber auch, dass Wahlprüfsteine dazu dienen können, die eigenen Kollegen zum Nachdenken anzustupsen, aus einer oft selbst gewählten Lethargie zu reißen und das Nachdenken über die Gestaltung des ureigensten Bereichs mit in die eigenen Hände zu nehmen, anstatt wie bisher das Denken über die Weiterentwicklung der Archäologie weiterhin als exklusive Aufgabe der Chefs der staatlichen Archäologiebehörden zu betrachten – gerne verbunden mit einem sehr bequemen Seufzer „man kann ja eh' nichts machen“.

Das setzt allerdings auch voraus, dass man kollektiv die Selbstorganisation der Archäologie reflektiert und abwägt, wer denn – auf Basis welcher Legitimation – welche Interessen vertritt, für das Fach (als Ganzes?) spricht und wirklich eine NGO ist. Denn zumindest in Deutschland bestehen viele Fach-Organisationen vor allem aus den Leitern und Vertretern der staatlichen Archäologie resp. deren Institutionen, die ob ihrer Loyalitätspflichten zur jeweiligen Regierung kaum zugleich glaubwürdig als NGO auftreten können. Manche dieser Einrichtungen sind sogar staatlich (teil-) finanziert. Solche staatsnahen Einrichtungen fallen als fragenstellende Organisationen für Wahlprüfsteine aus. Auch unter den auf europäischer Ebene agierenden Archäologie- und Kulturerbe-Organisationen gibt es solche, die eher eine Versammlung von staatlich Angestellten sind, während andere wie z. B. die EAA glaubwürdig auch als NGO auftreten können.

Die hier nur angedeuteten indirekten Wirkungen der Wahlprüfsteine, ihre vermeintlichen Nebenwirkungen, könnten sich mittelfristig als ebenso bedeutsam erweisen wie die direkten Wirkungen. Die hintergründigen Wirkungen treten zwar voraussichtlich langsam ein, aber sie könnten das Selbstverständnis und die Selbstorganisation der Archäologie nachhaltig reformieren, und zwar relativ unabhängig davon, ob nun konkrete Wählerentscheidungen so oder auch anders ausfallen.

Schlussfolgerungen

Wahlprüfsteine sind ein auf europäischer Ebene noch weitgehend unbekanntes Instrument, mit dem NGOs und Interessenvertreter Themen in die Politik einbringen können, die ohne dieses Ritual weder den Parteien noch den Wählern bekannt sind. Sie erlauben es, von den Parteien Klärungen und Selbstfestlegungen zu gewinnen, auf deren Umsetzung man nach einer Wahl pochen kann.

Neben den erhofften direkten Wirkungen kann das System von Wahlprüfsteinen indirekte Wirkungen erreichen, insbesondere auf die Selbstorganisation einer Fach- und Interessensgemeinschaft, deren interne Rollenklärung und deren wirksame Interessenvertretung. Hier kommt gänzlich staats- und regierungsunabhängigen Organisationen eine besondere Bedeutung zu. Obwohl jede fragenstellende Organisation mit dem Eintreten in das Ritual von Wahlprüfsteinen eine beträchtliche und termingebundene Arbeitslast und Selbstverpflichtung auf sich nimmt, bei deren Nichteinhaltung ihre Glaubwürdigkeit beträchtlichen Schaden nehmen kann, liegen in dem beschriebenen Verfahren mehr Chancen als Risiken.

Anmerkungen

* Dieser Aufsatz entstand aus einem Vortrag von Frank Siegmund, der auf der von Diane Scherzler und Frank Siegmund zusammen mit Gerry Wait (GWHeritage; ISDAf - Institute for Sustainable Development in Africa) und Lorenc Bejko (Univ. Tirana) organisierten Session „102: Campaigning Strategies for Archaeology and Cultural Heritage – Principles, Strategies, and Practical Experiences“ bei der EAA-Tagung 2022 in Budapest gehalten und rege diskutiert wurde.

¹ DGUF (2023). Bisherige Wahlprüfsteine: <https://dguf.de/ngo/wahlpruefsteine/bisherige-wahlpruefsteine> [12.4.2024]. – Der Begriff „Wahlprüfsteine“ ist in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich geläufig, er wird in der Regel im Plural verwendet. Vom einschlägigen Artikel in der deutschsprachigen Wikipedia ausgehend (<https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlpr%C3%BCfstein>; [30.7.2023]) führt kein Link in eine anderssprachige Wikipedia, es gibt offenbar keinen Parallelartikel in einer anderen Sprache. Im anglophonen Raum sind „election benchmarks“ unseres Wissens bislang nur in Australien bekannt, dort allerdings geläufig.

² Hüglin, S. et al. (2019). *Benchmarks for Archaeology and Heritage Protection 2019–2024*: https://www.e-a-a.org/EAA/Navigation_News/Benchmarks.aspx [30.7.2023].

³ Nach der betreffenden Wahl verschwinden die Wahlprüfsteine meist wieder von den Websites der Parteien, weshalb es schwierig ist, diese Prozesse nachhaltig zu dokumentieren. Vgl.: Hochwind, H. (2009). Wahlprüfsteine: Lobby-Verbände bitten Parteien zum Themen-Check.

Spiegel online, 2. 9. 2009: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlpruefsteine-lobby-verbaende-bitten-parteien-zum-themen-check-a-643679.html> [30.7.2023].

Über die Autoren

Frank Siegmund, Diane Scherzler und Werner Schön sind seit 2012/13 als Vorstand der DGUF tätig und haben an allen Wahlprüfsteinen der DGUF mitgewirkt; 2019 und 2024 haben sie auch an den Wahlprüfsteinen der EAA zur Europawahl mitgewirkt.

PD Dr. Frank Siegmund, MCI^fA
DGUF e.V.
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
vorstand@dguf.de

<https://orcid.org/0000-0002-0555-3451>

<https://orcid.org/0000-0002-7699-0528>

<https://orcid.org/0000-0001-7474-1555>